

Seit einer Woche ticken unsere Uhren wieder „normal“

„Wir müssen dem Sommerzeit-Spuk endlich ein Ende bereiten!“

Ich weiß, wir haben Wichtigeres zu tun. Aber manche Dinge liegen so offensichtlich auf der Hand und sind so einfach zu lösen, dass es wirklich keine Mühe ist, sich dem Thema zu widmen und die Dinge zum Besseren zu wenden: Die Zeitumstellung spart bewiesenermaßen kaum Energie, ist aber ungesund für Mensch und Tier. Die halbjährliche Uhr-Umstellerei muss deshalb aufhören! Es kostet uns wirklich nur ein bisschen guten Willen, um unseren Fehler aus der Vergangenheit zu korrigieren. Kaum ein Gesetz lässt sich

zudem mit weniger bürokratischem Aufwand umsetzen als die Abschaffung der Sommerzeit. Deswegen fordere ich die EU-Kommission auf, dieses wenn auch noch so banale Thema endlich auf die Agenda zu bringen und die Gesetzesänderung vorzubereiten! Meine Fraktion kämpft schon seit vielen Jahren darum, dem Sommerzeit-Spuk ein Ende zu bereiten. Es ist nun an der Zeit, endlich zu Potte zu kommen, damit wir nicht noch länger Zeit und Nerven mit diesem marginalen Thema verschwenden!

EU-Haushaltsentwurf abgelehnt

Parlament weist Kürzung des EU-Haushaltsbudgets zurück

Das EU-Parlament hat den Haushaltsentwurf der Kommission für das kommende Jahr abgelehnt. Statt der vorgeschlagenen 160 Milliarden Euro verlangen wir zwei Milliarden mehr, unter anderem für Forschung und mehr Sicherheit sowie gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Das Europaparlament und die Mitgliedstaaten, die hingegen eine Kürzung des Budgets von 1,7 Milliarden Euro ver-

langt haben, entscheiden gemeinsam über den EU-Haushalt. Wir müssen jetzt nach einem Kompromiss suchen. Derzeit werden etwa 80 Prozent des EU-Haushalts von den Beitragszahlungen der Mitgliedsländer gedeckt, der Rest stammt aus den Eigenmitteln der EU – dies sind vor allem Zolleinnahmen. Deutschland als größter Nettozahler steuert knapp 20 Prozent zum EU-Haushalt bei.

Aktuelle Umfrage „Parlameter 2017“

Die Stimmung für die EU und das Europäische Parlament steigt

Vier von fünf Deutschen finden, dass die Mitgliedschaft bei der EU eine gute Sache ist. Das zeigt das „Parlameter 2017“, die aktuelle Umfrage des EU-Parlaments, bei der Unionsbürger aller Mitgliedstaaten nach ihren Einstellungen und Erwartungen befragt werden. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Werte weiter verbessert, in Deutschland sogar noch stärker als im EU-Schnitt. Der wirtschaftliche

Aufschwung und die Rückkehr zu Stabilität nach der Krise werden zunehmend wieder als neue Normalität gesehen. Die meisten EU-Bürger sind der Ansicht, dass ihr Land insgesamt von seiner EU-Mitgliedschaft profitiert hat. Das Ergebnis der Umfrage macht Mut! Es zeigt, dass das Vertrauen in unsere Institutionen und unsere Arbeit weiter wächst, und dass wir die Krise der letzten Jahre hinter uns lassen.

Aus dem Europäischen Parlament

Brexit-Verhandlungen stocken seit langem – London nicht zu konkreten Zugeständnissen bereit

EU-Unterhändler halten sich strikt an ihr Verhandlungsmandat

Die Brexit-Verhandlungen stecken in einer Sackgasse. Solange London sich weigert, konkrete Zahlen für die „Schlussrechnung“ und eine praktikable Lösung für die Nordirland-Grenze auf den Tisch zu legen, sehe ich keinen Grund für die Eröffnung der zweiten Verhandlungsphase.

Ich bin froh, dass sich die Unterhändler der EU so strikt an ihr Verhandlungsmandat halten und darauf pochen, zuerst die dringendsten Fragen des Austritts zu klären, bevor wir über die künftigen Handelsbeziehungen mit Großbritannien reden. Denn ich habe den Eindruck, nur die sind den Briten wichtig, alles andere ist für sie zweitrangig.

Doch für uns ist es genau andersherum: Zuerst wollen wir geklärt haben, was aus den drei Millionen EU-Bürgern wird, die auf der Insel leben. Welche Rechte werden sie haben? Und werden sie diese auch zukünftig vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagen können? Das Loslösen vom verhassten EuGH war eines der großen Themen während der Brexit-Kampagne. Wie dieser Streit beigelegt werden kann, ist noch völlig offen.

Genauso unklar ist, wie London die zukünftige Grenze zwischen Nordirland und der Republik Irland gestalten

will. Durch den Brexit würde diese zu einer EU-Außengrenze werden, an der Personen und Waren kontrolliert werden müssten. Der jahrzehntelange Bürgerkrieg zwischen Nordiren und Iren konnte nicht zuletzt auch deshalb beigelegt werden, weil die einstmals trennende Grenze de facto verschwunden ist. Die Gefahr ist groß, dass die alten Konflikte erneut aufflammen, wenn sich diese Grenze wieder schließt.

Und nicht zuletzt verlangen wir konkrete Zusagen aus London über die nach 45 Jahren EU-Mitgliedschaft entstandenen Verbindlichkeiten. Wir reden hier aber nicht vom normalen Haushalt für 2019/20, der sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Wir reden von den Pensionen der britischen Beamten, die 45 Jahre lang für die EU gearbeitet haben oder von Projekten, die wir gemeinsam bestellt haben. Im Restaurant würde ja auch niemand auf die Idee kommen, ein 5-Gänge-Menü zusammen mit Freunden zu bestellen, sich nach dem ersten Gang aber zu verabschieden und die Zeche den anderen zu überlassen. Inoffizielle Schätzungen gehen von Verpflichtungen von bis zu 100 Milliarden Euro aus, die London während der gemeinsamen EU-Zeit eingegangen ist und die noch beglichen werden müssten.

Elektronisches Einreise-Ausreise-System voraussichtlich ab 2020 einsatzbereit

Reisende aus Drittstaaten werden künftig registriert

Dank des unermüdlichen Einsatzes meiner Fraktion, der Europäischen Volkspartei (EVP), konnten wir endlich ein neues Einreise-Ausreise-System verabschieden.

Bis zuletzt hatten die Linken gegen das Vorhaben wegen datenschutzrechtlicher Bedenken gemauert und die Verbesserung der Sicherheitskontrollen an den europäischen Außengrenzen dadurch immer wieder verzögert! Doch nun endlich ist das neue elektronische Einreise-Ausreise-System (EES) auf den Weg gebracht und wird voraussichtlich im Jahr 2020 einsatzbereit sein. Dann werden Informationen wie Name, Fingerabdrücke, Gesichtsbild sowie Datum und Ort der Einreise beziehungsweise Ausreise

von Drittstaatsangehörigen registriert. Es wird sowohl für visumpflichtige als auch für von der Visumpflicht befreite Reisende, die für einen Kurzaufenthalt von 90 Tagen eingelassen sind, gelten, wenn sie die Außengrenzen des Schengen-Raums überschreiten.

Das System wird das manuelle Abstempeln von Pässen ablösen und die Grenzübertritte beschleunigen. Gleichzeitig soll es leichter werden, sogenannte Aufenthaltsüberzieher zu erkennen und Dokumenten- und Identitätsbetrug zu bekämpfen. Die Daten werden für drei Jahre (bei Aufenthaltsüberziehern fünf Jahre) lang gespeichert. Sie können zur Verhinderung, Aufdeckung oder Untersuchung terroristischer oder sonstiger schwerwiegender Straftaten herangezogen werden.

Aus meinem Wahlkreis



Abstecher zum Flughafen Frankfurt

Der Einladung zu meiner „Bürgerreise“ ins EU-Parlament nach Straßburg waren diesmal rund 30 Unternehmerinnen und Unternehmer aus Apolda gefolgt. Neben Gesprächen über die Aufgaben, die Rolle und Funktion des Parlaments hatte ich für meine Gäste eine Diskussionsrunde zu europapolitischen Themen mit meinen Kollegen Rosa Thun (aus Polen) und Werner Langen organisiert. Einer der Höhepunkte der Reise war der Abstecher zum Flughafen Frankfurt, wo uns der Bevollmächtigte für Europapolitik des FRAPORT Vorstandes, William Ament, interessante Einblicke in die Welt der Flughafenbetreiber gewährte. Eine Vorfelddrundfahrt rundete unseren Besuch ab.

Neue EU-Vorschriften für Bahnreisende geplant – Fahrgäste mit eingeschränkter Mobilität profitieren

Verbindlicher Anspruch auf Hilfeleistung bei allen Verkehrsdiensten

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt, wie die Fahrgastrechte für Bahnreisende in der ganzen EU modernisiert werden können.

Demnach sollen Fahrgäste im Eisenbahnverkehr in Zukunft besser über ihre Rechte informiert werden. Außerdem werden die Rechte von Fahrgästen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität erheblich gestärkt. Der Vorschlag wahrt jedoch auch die Verhältnismäßigkeit und befreit Schienenverkehrsbetreiber unter genau festgelegten Bedingungen von der Pflicht, die Fahrgäste bei Verspätungen zu entschädigen.

Mit dem Kommissionsvorschlag werden die geltenden Vorschriften für die Rechte der Bahnreisenden in fünf Kernbereichen überarbeitet. So dürfen beispielsweise bei der Anwendung der Fahrgastrechte künftig der inländische Fernverkehr und der grenzüberschreitende Nah- und Regionalverkehr nicht mehr länger ausgespart bleiben. Zudem soll es einen verbindlichen Anspruch auf Hilfeleistung bei allen Verkehrsdiensten sowie auf volle Entschädigung bei Verlust oder Beschädigung von Mobilitätshilfen geben.

Durch eine Klausel zur höheren Gewalt werden Eisenbahnunternehmen im Falle von Verspätungen aufgrund von unvorhersehbaren und nicht abwendbaren Naturkatastrophen von der Schadensersatzpflicht befreit. Nach den derzeitigen Vorschriften müssen diese Unternehmen auch in solchen Fällen noch Schadensersatz zahlen.

Damit die neuen Regeln in Kraft treten können, müssen EU-Parlament und Rat (also die EU-Mitgliedstaaten) noch zustimmen. Die Europäische Union ist übrigens das einzige Gebiet weltweit, in dem die Bürger bei Reisen mit dem Flugzeug, dem Zug, dem Schiff oder dem Bus über umfassende Passagierrechte verfügen. So können Fahrgäste in einigen Mitgliedstaaten zum Beispiel eine finanzielle Entschädigung beanspruchen, wenn ihr Zug bei der Ankunft mehr als eine Stunde Verspätung hat. Außerdem haben Fahrgäste je nach Wartezeit unter Umständen Anspruch auf Mahlzeiten und Erfrischungen und – falls Übernachtungen notwendig sind – auf Unterbringung in einem Hotel. Die aktuell noch gültigen Passagierrechte können Sie hier auf Deutsch nachlesen: http://europa.eu/youreurope/citizens/travel/passenger-rights/index_de.htm

NKS Energie informiert in Erfurt: Sie interessieren sich für EU-Fördermöglichkeiten in den Bereichen Energie, Umwelt, Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe im Arbeitsprogramm 2018 – 2020? Die Nationale Kontaktstelle (NKS) Energie wird am 9. November in Erfurt über die kommenden Aufrufe der EU-Kommission für Projektanträge im Bereich „Sichere, saubere und effiziente Energie“ informieren. Mehr Infos unter: <http://bit.ly/2hjvvea>

Service und Termine

★ Serbische Forschungseinrichtung sucht Partner

Das serbische Institut für Medienforschung aus Nis sucht europäische Partnerorganisationen für ein Projekt zu den Themen Förderung der Medienkompetenz und Meinungsfreiheit. Unter dem Titel „Forming of non-profitable local community media, Open TV“ soll das Vorhaben dem übergreifenden Ziel dienen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger aus der Region Südosteuropas in die lokalen Medien wiederherzustellen. <http://bit.ly/2z2knWi>

★ Freiwilligendienst mit „kulturweit“

Wer ab September 2018 für sechs oder zwölf Monate einen Freiwilligendienst mit „kulturweit“ in einer ausländischen Bildungs- oder Kultureinrichtung absolvieren möchte, kann sich noch bis zum 1. Dezember bewerben. Voraussetzung ist, dass Sie im September 2018 zwischen 18 und 26 Jahren alt sind. Während ihres Dienstes werden alle Freiwilligen pädagogisch begleitet und finanziell unterstützt. Einsatzstellen befinden sich in Ländern des Globalen Südens, in Osteuropa und der GUS. „kulturweit“ ist ein Projekt der Deutschen UNESCO-Kommission, gefördert vom Auswärtigen Amt. Mehr Infos unter: <https://www.kulturweit.de>

★ Strategische Partnerschaften in der Berufsbildung

Planen Sie eine Strategische Partnerschaft zum Austausch guter Praxis? Um Ihnen bei der Konzipierung Ihres Vorhabens und der Erstellung Ihres Projektantrages bestmögliche Unterstützung bieten zu können, führt die „Nationale Agentur Bildung für Europa“ beim Bundesinstitut für Berufsbildung für die Antragsrunde 2018 eine Antragswerkstatt durch. Diese findet am 5. Dezember 2017 in Bonn statt. Infos unter: <http://bit.ly/2ycx1TC>

★ E-Twinning: Handbuch für Schulen

Internationale Vernetzung ist für Schulen ein immer wichtiger werdendes Aushängeschild. Oft fehlt jedoch

schlichtweg die Zeit, um aufwändige Förderanträge für europäische Partnerschaftsprojekte zu stellen. Dann kann eTwinning eine Lösung bieten. Ohne finanzielle Förderung, aber auch ohne Antragsverfahren, bietet eTwinning Schulen eine Plattform, auf der sie andere an internationalen Projekten interessierte Schulen finden können, um gemeinsam digitale Partnerschaftsprojekte zu gestalten. Wie die mediengestützte Projektarbeit genau funktionieren kann, wie Sie ihr eigenes Projekt starten und wie Sie es bekannt machen, können Sie jetzt dem neuen eTwinning-Handbuch des Pädagogischen Austauschdienstes entnehmen. Den kostenlosen Download finden Sie hier: <http://bit.ly/2xPIFUm>

★ Antragstellerwerkstatt für KMU zu Horizont 2020

Die „Nationale Kontaktstelle Kleine und mittlere Unternehmen“ veranstaltet am 12. und 13. Dezember in Bonn eine Werkstatt zur Antragstellung im KMU-Instrument von Horizont 2020. Die zweitägige Veranstaltung richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die 2018 einen Antrag stellen wollen oder bereits erste Erfahrungen mit dieser Förderschiene gesammelt haben. Im Fokus der Veranstaltung steht die Frage, welche Aspekte bei einer erfolgreichen Antragstellung zu berücksichtigen sind und wie sich die beiden Phasen des KMU-Instruments unterscheiden. Mehr Infos unter: <http://bit.ly/2idv7Y5>

★ Bilaterales Förderprogramm

Deutschland und Frankreich initiieren das neue weltweit ausgeschriebene Programm „Make our planet great again“ und schaffen Chancen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in der Klima-, Erdsystem- und Energieforschung. Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) fördert das Programm aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit 15 Millionen Euro. Mehr Informationen unter: <http://bit.ly/2zOCGM6>